

Einige Vorschläge zur Reform der SPÖ, die angesichts des Ernstes der Lage eigentlich viel zu konstruktiv ausgefallen sind

von Michael Eisenriegler

Vorrede



Wenn man wissen will, was in der SPÖ schief läuft, dann ist für diese Analyse obiger Tweet ein guter Startpunkt. Ich habe vom 1. Mai 2016 noch „*Werner, die Richtung stimmt!*“ im Ohr, das war genauso jenseits. Aber was ist falsch an diesem Tweet?

Eine SPÖ, die auf „*Themen setzen*“ muss, hat eigentlich schon verloren. Das merkt man ganz deutlich in der Politik der letzten Monate. Ein Beispiel:

Ja, wir setzen irgendwie auf die **Klimakrise**. Aber erstens nicht zu stark, denn wir könnten die Pendler und die Gewerkschaft verärgern. Zweitens wissen wir ja auch, dass das „Thema“ eigentlich den Grünen gehört – und deshalb wollen wir das in Wirklichkeit gar nicht, müssen aber doch irgendwie. Und, wir haben bei den einzelnen Punkten zu diesem „Thema“, die dann herausgekommen sind, viele Vorsichten und Rücksichten zu nehmen, auf Partikularinteressen in- und außerhalb der Partei. Die einzigen konkreten Forderungen, die es dann ins [Wahlprogramm](#) geschafft haben, sind das „1-2-3 Klimaticket“ und die „Elektrifizierung von Bahnstrecken“. Der Rest ist unkonkretes Gelaber. Jeder weiß, dass weder diese beiden Maßnahmen noch das Gelaber unser Klima retten werden. Aber egal, wir wissen ohnehin, dass uns deshalb niemand wählt. Und so kam es dann auch.

Das eigentliche Problem ist aber das „Themen setzen“ an sich. Das muss man nämlich nur, wenn dem Wahlvolk nicht klar ist, wofür diese Partei steht, wofür ihre Mitglieder brennen. Symptomatisch dafür sind solche Sujets, die auf Facebook geschaltet wurden:



Eine Partei, die solche Kalendersprüche schaltet, hat sich eigentlich schon aufgegeben. Oder doch nicht?

Nach der Wahl ist vor der Wahl. Und vor der Wahl habe ich mich – im Unterschied zu einigen leider ziemlich undisziplinierten Genossen aus den Bundesländern – mit guten Ratschlägen zurückgehalten, wie es sich gehört. Aber jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um Vorschläge zu sammeln, was anders werden muss – und ein paar davon möchte ich beisteuern. Ich beschränke mich dabei absichtlich auf Dinge, von denen ich glaube, eine Ahnung zu haben. Here we go:

1. Die große Erzählung

Es ist eigentlich peinlich, das erwähnen zu müssen, aber wir alle wissen es: Der Sozialdemokratie ist ihre große Erzählung abhanden gekommen. Ja, natürlich, wir sind für gut und gegen böse, für den sozialen Zusammenhalt, gegen den Neoliberalismus, für die Gleichberechtigung und gegen schwarz/blau sowieso. Insbesondere gegen schwarz/blau. Aber das große Weltbild, die große Utopie kamen uns irgendwann einmal abhanden. Das hängt auch damit zusammen, dass sich die Linke spätestens seit 1968 in einem Spaltungsprozess befindet: Auf der einen Seite die kleinen Hackler, die ihren Lebensstil bewahren und ihr kleines Glück verwirklichen wollen, auf der anderen Seite die Bobos, die Erben der Hippies, denen Frauenpolitik, Schwule, Transsexuelle und – allgemein gesprochen – die Identitätspolitik wichtig ist. Diese beiden Gruppen driften auseinander und auch innerhalb der SPÖ verschärft sich dieser Konflikt seit Jahren. Dabei hat er sich ja fast schon von selbst gelöst: Die Hackler wählen seit Jahrzehnten die FPÖ (oder jetzt auch die ÖVP) und die Bobos wählen nun wieder die Grünen. Und dazwischen bleiben die Reste der SPÖ. Wenn die SPÖ nicht bald wieder zu einer gemeinsamen Erzählung kommt, warum es eine Linke braucht, die beide Gruppen in sich vereint, dann war es das mit der Sozialdemokratie.

Wir sollten also schleunigst überlegen, in welcher Welt wir leben wollen und wie diese funktionieren soll. Das mit der Weltrevolution wird ja wohl nichts mehr (und war auch nie so die Sache der SPÖ), aber was dann? Welchen Kapitalismus wollen wir? Welche Weltwirtschaft? Was bedeutet Solidarität heutzutage? Wie kann ein Wirtschaftssystem unter den Bedingungen der Klimawandels aussehen? In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Wohin zieht unsere neue Zeit?

Um Antworten auf diese Fragen zu geben, muss sich die Partei öffnen: Einerseits Leuten, die sich damit professionell beschäftigen, und die gibt es: WirtschaftswissenschaftlerInnen, PhilosophInnen, auch AutorInnen und KünstlerInnen u.v.a.m. Und andererseits ihrer eigenen Basis gegenüber, die schon seit Jahren nicht mehr gefragt wird – und wenn sie gefragt wird, wie zu CETA, dann ignoriert man sie gleich wieder. Die SPÖ hat in den letzten Jahrzehnten mehrere hunderttausend Mitglieder verloren. Die, die es noch gibt, sollte man vielleicht auch in solche Prozesse einbeziehen – und offen mit ihnen diskutieren. Damit am Ende eine überzeugende Erzählung steht, die eine Vision für beide „Fraktionen“ der Linken darstellt.

Wenn man diesen Prozess nicht bald angeht, dann kann man das mit der Politik auch gleich lassen. Und: Solche Papiere in Hinterzimmern zu erarbeiten funktioniert nicht, das wissen wir bereits. Die Große Erzählung kann nur aus der Mitte der Partei kommen und in einem transparenten Prozess entstehen. Und das sollte sie sehr bald.

2. Transparenz

Im Jahr 2012 war der erste Höhepunkt einer öffentlichen Debatte über Transparenz in ihren verschiedenen Facetten – Transparenz bei den Lebensläufen der Abgeordneten, Transparenz in den Handlungen des Staates (Informationsfreiheitsgesetz gibt es bis heute keines) und Transparenz in den Finanzen der Parteien.

Zähneknirschend beschlossen also die Koalitionsparteien der Regierung Faymann im [Parteiengesetz 2012](#) einige Regelungen, die zumindest minimalen Einblick in die Gebarung der Parteien erlauben sollen – nur, damit sie die Sozialdemokratie postwendend konterkariert: Die klassischen Vorfeldorganisationen „Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen“ (FSG), der Pensionistenverband und einige andere verließen pro forma das Dach des [Parteistatuts](#) und entzogen sich damit den ohnehin dürftigen Transparenzregeln. An ihre Stelle traten Vereine mit so sonderbaren Namen wie „*GewerkschafterInnen in der SPÖ*“ und „*Verein Arge Sechzig Plus*“, die zwar kein Geld und keine Mitglieder haben, aber dafür auf den Parteitag abstimmen und in die Gremien delegieren dürfen. Eine durchschaubare Farce.

Ein Treppenwitz als Anmerkung: Der Nationalrat beschloss im „freien Spiel der Kräfte“ im Sommer 2019 strenge Obergrenzen für Parteispenden, insbesondere, um damit die ÖVP und die NEOS zu ärgern. Der SPÖ-Klub bedachte aber anscheinend nicht, dass nun auch die „weggelegten“ Vorfeldorganisationen, wie die FSG, als ganz normale Spender gelten, und somit der Partei keine Wahlkampfveranstaltung mehr schenken dürfen, die das x-fache der Obergrenze von € 7.500,- kostet. Der politische Gegner freute sich diebisch über diese Unpässlichkeit mitten im Wahlkampf. *Ist das nicht ein klarer Beweis für Instant Karma? :-)*

Was die SPÖ dringend lernen muss: Solche Manöver sind für eine sozialdemokratische Partei potentiell tödlich, denn sie untergraben ihre **Glaubwürdigkeit**. Das ist ganz im Unterschied zu Rechtspopulisten, denn deren WählerInnen haben ganz andere Wahlmotive. Ob ein Donald Trump Dreck am Stecken hat oder nicht, ist für seinen Wahlerfolg völlig unerheblich. Für Linke gelten andere Maßstäbe, und zwar die strengsten.

Es ist also hoch an der Zeit, das Thema Transparenz – und in diesem Zusammenhang auch die Themen Sauberkeit und strukturelle Korruption – in der SPÖ neu zu verhandeln und schonungslos anzugehen. **Die Partei muss sich neu aufstellen, und dazu ist eine wichtige Voraussetzung, solche Altlasten loszuwerden und für höchste Transparenz und maximale Sauberkeit in den eigenen Reihen zu sorgen.** Sonst wird das nichts mit der Glaubwürdigkeit – und mit den Wählerstimmen.

3. Partizipation

Es ist ein fast gespenstischer Vorgang: Die SPÖ verliert das Vertrauen der Wähler in bis dato ungeahntem Ausmaß. Der Bundesgeschäftsführer tritt zerknirscht ab. Noch am selben Tag bestellt die Parteiführung einen Nachfolger, offenbar ohne ernsthafte Diskussion was schief gelaufen ist, was anders werden muss oder auch nur, welche Qualifikationen jetzt erforderlich wären.

Natürlich kann man argumentieren, dass es das gute (statutarisch aber nicht verbrieft!) Recht der Parteivorsitzenden ist, sich ihren engsten Mitarbeiter selbst auszusuchen. Aber ist das auch gescheit? Und wozu sitzen dann so viele Menschen in Vorstand und Präsidium? Wie viele Köpfe braucht man, um so eine einsame Entscheidung abzunicken?

Es ginge auch anders: Man stelle sich vor, die Vorsitzende wäre nach dem Abgang von Thomas Drozda vor die Presse getreten, hätte eine Nachdenkpause ausgerufen und Drozda gebeten, noch bis Weihnachten zu bleiben, während ein/e Nachfolge/in gesucht wird.

Daraufhin treten – noch zu diskutierende – Mechanismen innerparteilicher Demokratie in Kraft, zum Beispiel: Es werden Vorschläge für mögliche KandidatInnen gesammelt, diese werden eifrig diskutiert und in den Sektionen und Ortsorganisationen in geheimer Wahl abgestimmt. Übrig bleibt eine Shortlist der bestgereihten KandidatInnen, die sich zwei Wochen lang im Internet und in parteiinternen Townhall-Meetings vorstellen und ihre Konzepte diskutieren – untereinander und mit der Parteibasis. Zum Schluss wählt die Parteibasis in einer Urabstimmung den oder die neue/n BundesgeschäftsführerIn.

Was haben wir gewonnen? Wir aktivieren den gesamten Parteiapparat, führen wichtige Diskussionen, reden erstmal seit langem wieder mit der Basis und schaffen es so, die SPÖ schrittweise zu reformieren und zu re-politisieren.

Was haben wir verloren? Hinterzimmerentscheidungen als Schnellschüsse ohne Substanz.

Um nicht mißverstanden zu werden: Ich bin kein Freund von Basisdemokratie unter allen Umständen. Ich halte es für wichtig, dass in der Besetzung von Vorständen oder Wahllisten ein innerparteilicher Interessenausgleich stattfindet. Ich halte das für einen Vorteil gegenüber den bei den Grünen praktizierten Mehrheitsentscheidungen der Basis, denn die sind mit Interessenausgleich nicht kompatibel.

Dieses Argument gilt aber nicht für Spitzenpositionen auf allen Ebenen. Die Leitfigur bzw. der oder die leitende Angestellte sollte immer von der Basis gewählt werden, ich finde kein ernsthaftes Argument, das dagegen spricht. Egal, ob es sich um Landesparteivorsitzende, BezirksparteisekretärInnen, SpitzenkandidatInnen auf jeder Ebene oder um Frauenvorsitzende handelt: Die Spitze ist zu wichtig, um sie im kleinen Kreis auszumauscheln.

Und bei dieser Gelegenheit: Dieser Vorschlag lässt sich auch gut mit einem anderen [Vorschlag zur Förderung von Frauen in Spitzenpositionen](#) kombinieren, den ich vor einiger Zeit gemacht habe. Wann wäre denn die Zeit, innerparteilich neue Wege zu gehen, wenn nicht jetzt?

Post Scriptum: Ich wurde darauf hingewiesen, dass ein gekündigter Parteimanager besseres zu tun hätte, als weitere drei Monate „dead man walking“ zu spielen. Das ist natürlich völlig richtig. Man hätte ja zum Beispiel auch seine Stellvertreterin provisorisch mit seiner Nachfolge betrauen können. Das ändert nichts am Prinzip.

4. Wachstum

Wenn eine politische Partei wächst und expandiert, dann wird jedes neue Mitglied mit offenen Armen empfangen, es ist ein Verbündeter auf dem gemeinsamen Weg. Gut zu beobachten ist das derzeit bei den Grünen.

Wenn eine Partei aber schrumpft, dann werden die verfügbaren Futtertröge tendenziell kleiner – denn die Partei hat weniger Mandate zu vergeben und kann weniger Geld ausgeben. Das führt zum paradoxen Phänomen, dass in solchen Organisationen neu Hinzukommende keine Verbündeten sind – sondern potenzielle Gegner im Kampf um die gerade noch verfügbaren Ressourcen. Es findet also schon in den unteren Ebenen der Parteihierarchie eine Negativauslese statt: Insbesondere neue Mitglieder mit gewinnendem Auftreten, die gut reden und andere überzeugen könnten, werden „klein gehalten“ oder am besten gleich wieder vergrault, denn sie könnten ja am eigenen Sessel sägen – egal, ob sie das subjektiv wollen, oder nicht. Diese Negativauslese setzt sich dann natürlich nach „oben“ hin fort, mit den unangenehmen Konsequenzen, die wir alle kennen.

Nachwuchsförderung findet konsequenterweise auch keine statt, denn junge Menschen sind natürlich eine noch größere Gefahr – sie haben oft unkonventionelle Ideen und sind zwar nicht erfahrener, aber leistungsfähiger und „hungriger“ als die Alten. Die aktuelle Demographie mit den immer noch übermächtigen Baby Boomern an den Schaltstellen der Macht tut das ihre zur Verstärkung dieser Phänomene. Im Ergebnis prägen dann die – fast sprichwörtlichen – überalterten SPÖ-Sektionen mit ihren unpolitischen Beschäftigungstherapien das Erscheinungsbild der SPÖ an der Basis.

Das sind natürlich allgemeine Beobachtungen und Prinzipien, zu denen ich jederzeit Beispiele bringen könnte. Es ist mir klar, dass es auch vereinzelte Gegenbeispiele gibt, denn die Partei und ihre Mitglieder sind kein monolithischer Block. Mir geht es aber darum, prinzipielle Strukturen und Funktionsweisen zu diskutieren, nicht Einzelfälle von da und dort.

Und dann gibt es noch ein Spezifikum der SPÖ, nämlich den ausgeprägten hauptamtlichen Apparat an ParteisekretärInnen. Sie haben innerhalb der Organisation überhaupt kein Eigeninteresse, ehrenamtliches Engagement zuzulassen oder gar zu fördern. Denn engagierte ehrenamtliche Aktivistinnen bedeuten zusätzliche Arbeit, sie bedeuten Kontrollverlust und sie gefährden die eigene Position: Ist das ehrenamtliche Engagement nämlich erfolgreich, dann muss sich der oder die hauptamtliche MitarbeiterIn die Frage gefallen lassen, warum er oder sie das nicht selbst getan hat. Ist das Engagement aber nicht erfolgreich, dann fällt es auf den Parteisekretär zurück, denn er/sie muss das verantworten.

Es gibt also viele gute organisationsdynamische Gründe, warum sich die SPÖ in einer Abwärtsspirale befindet und immer mehr Mitglieder, AktivistInnen und letztlich auch WählerInnen verliert. Diese Abwärtsspirale ist sicher nicht die einzige Schraube, an der dringend gedreht werden muss; aber ich denke, diese wurde noch nicht wirklich diskutiert.

Patentrezept, wie man diese Dynamik wieder umdrehen kann, habe auch ich keines. Immerhin läuft das jetzt schon seit Jahrzehnten so ab. Eine echte Organisationsreform muss dem jedenfalls entgegensteuern. Und die ist mehr als überfällig.

5. Kommunikation (not!)

Zum Abschluß meines Rants würde es mich natürlich reizen, über die Performance der SPÖ im Web und in Social Media zu raunzen, die vielen hunderttausend Euro zu beklagen, die im Wahlkampf Facebook sinnlos in den Rachen geworfen wurden und über die Qualität der Arbeit der involvierten Agenturen zu jammern – einschließlich der bereits erwähnten Kalendersprüche.

Ich werde es nicht tun. Mein alter Lehrer Helmut Schretter meinte einmal in einer Vorlesung, man könne dauerhaft gute Werbung nur für ein gutes Produkt machen. Und ein gutes Produkt – so würde ich ergänzen – ist eines, das die Bedürfnisse der Zielgruppe erfüllt.

Wir müssen also an der Qualität dieses Produktes „SPÖ“ arbeiten, damit es auch wieder eine (größere) Zielgruppe findet, die sein Angebot zu schätzen weiß. Alle Probleme immer nur mit dem Verweis auf „schlechte Kommunikation“ abzutun, wie es Josef Cap gerne tat, bringt aus meiner Sicht überhaupt nichts.

Dieses „wir“ inkludiert die gesamte Partei, aber die Initiative dazu muss (zumindest auch) von der Parteispitze kommen. Sie hat jetzt noch genau einen Versuch, die Weichen in die richtige Richtung zu stellen. Sie muss eine Dynamik glaubwürdiger Erneuerung, des Reformeifers, des Hinterfragens alt eingesessener Strukturen und des Abschneidens alter Zöpfe entfalten – eine **Dynamik des Aufbruchs!** Es gibt jetzt keine Tabus mehr, kein „*das haben wir schon immer so gemacht*“ oder „*das haben wir noch nie so gemacht*“. Wer glaubt, wir können die Partei durch ein bisschen „*bessere Kommunikation*“ oder durch ein paar neue Köpfe retten, der hat den Ernst der Lage definitiv nicht verstanden.

Es ist 5 nach 12, gemmas endlich an!

Michael Eisenriegler

*P.S.: Ich freue mich über Kommentare, Feedback und Treffen im realen Leben.
Kontaktaufnahme gerne via E-Mail an michael@eisenriegler.at.*

Man findet mich auch auf [Facebook](#) und [Twitter](#) und zu meinem Blog geht es [hier entlang](#).